



Versorgungs- sicherheit

Energiepolitik europäisch denken

Veronika Grimm

Prof. Dr. Veronika Grimm ist Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie, im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Wir befinden uns am Beginn eines Jahrzehnts, das von einem radikalen Umbau der Wirtschaft geprägt ist. Wie wir am Ende der 2020er Jahre dastehen werden, hängt wesentlich davon ab, ob es den westlichen Demokratien gelingt, die Energieversorgung langfristig zu sichern und internationale (Handels-)Beziehungen erfolgreich zu gestalten.

Angesichts der Erosion der regelbasierten Weltordnung muss Europa die Energiesicherheit neu denken. Erneuerbare Energieträger eröffnen dabei die Möglichkeit, die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu senken. Erneuerbare Energien und die Produktion von grünem Wasserstoff sowie die notwendigen Infrastrukturen für den Transport von Strom und Wasserstoff sollten daher schnellstmöglich ausgebaut werden.

Besonders herausfordernd für Deutschland ist die Transformation der Industrie und der konventionellen Stromerzeugung, die vielfach auf Gas als Brückentechnologie angewiesen ist. Die angestrebte Unabhängigkeit von russischen Energieträgern bedeutet, dass wir Gas von anderen Lieferanten beschaffen müssen. Doch generell sind Lieferverträge für fossiles Gas an lange Laufzeiten gebunden und daher mit den angestrebten Klimazielen nicht leicht in Einklang zu bringen.

Länder wie Australien, Kanada, Schottland, Norwegen oder die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, die heute vorwiegend fossile Energie liefern, wollen künftig auch erneuerbare Energien in Form von Wasserstoff oder darauf basierenden Energieträgern exportieren. Deutschland und die EU sollten sich daher um langfristige Verträge mit diesen Staaten bemühen, die eine sukzessive Umstellung der Lieferungen weg von fossiler hin zu grüner Energie vorsehen. In Afrika oder Südamerika etwa gibt es zudem weitere Länder, die prädestiniert sind für die Erzeugung und Ausfuhr erneuerbarer Energien. Für die Energieversorgung eröffnen sich also verschiedene Möglichkeiten, uns unabhängiger und politisch nicht erpressbar zu machen.

Um viele neue Energiepartnerschaften aus- und aufzubauen, ist es nötig, dass die Mitgliedsländer der EU kooperieren. Denn jede einzelne Partnerschaft muss mit der Vereinbarung großer Importmengen einhergehen. Beschaffen wir gemeinsam, so können wir viele Lieferbeziehungen eingehen und trotzdem die Energiekosten niedrig halten. Die Diversifikation der Lieferbeziehungen gelingt also besser durch die gemeinsame Beschaffung im europäischen Verbund mit entsprechend größerer Nachfrage. Indem wir europäisch handeln, heben wir das größtmögliche Potenzial für unsere Energiesicherheit.

Auch bei kritischen Rohstoffen wie Kobalt, Lithium oder Grafit und wichtigen Vorprodukten – etwa Mikrochips –, ohne die die Energiewende nicht gelingen kann, müssen wir unsere Abhängigkeiten unter die Lupe nehmen. Kritische Rohstoffe werden zwar in vielen Regionen weltweit abgebaut, aber dann oft in China oder anderen geopolitisch unsicheren Regionen weiterverarbeitet. Bis heute fehlt ein Konzept, wie wir uns aus diesen Abhängigkeiten befreien können.

Über Energie- und Rohstoffpartnerschaften hinaus sind weitere Formen der Zusammenarbeit denkbar. So könnten der Aufbau neuer Lieferketten und der Ausbau der Energieversorgung Wertschöpfungspotenziale für europäische Firmen eröffnen. Für den Import von Wasserstoff werden etwa Elektrolyseure wie auch Hafenanlagen und Transportlogistik gebraucht; deutsche Firmen gehören hier zu den führenden Anbietern. Außerdem könnten im Zuge der Stärkung von Energie- und Rohstoffpartnerschaften Handelsbeziehungen zum beidseitigen Vorteil intensiviert werden – insbesondere mit dem Nachbarn Afrika, dem im Jahr 2100 bevölkerungsreichsten Kontinent. Dies eröffnet den afrikanischen Staaten die Chance auf Wachstum und Wohlstand und bedeutet für uns mehr Rohstoffsicherheit und schafft Exportmärkte.

Werden wir die Energiebeschaffung und unsere Handelsbeziehungen auf »freundliche«, also politisch gleich gesinnte Staaten, beschränken

können? Erhebliche Zweifel an solchem »Friendshoring« sind angebracht: Wir würden uns von einem Großteil der Welt entkoppeln und so neben wirtschaftlichen Verlusten auch an Macht und Einfluss verlieren. Zudem gewinnen globale öffentliche Güter wie Gesundheit oder Klimaschutz immer mehr an Bedeutung. Multilateralismus ist deshalb wichtiger denn je.

Die Einteilung der Welt in »Freund« und »Feind« ist zu statisch gedacht und ignoriert die Vielschichtigkeit zwischenstaatlicher Beziehungen. Statt uns von vielen unentschlossenen Staaten zunehmend abzukoppeln, sollten wir einseitige Abhängigkeiten durch Diversifikation unserer Handelsbeziehungen reduzieren und es für möglichst viele Staaten attraktiv machen, mit uns auch in Zukunft auf der Basis einer regelbasierten Ordnung zusammenzuarbeiten. Europa sollte sich dafür einsetzen, diese für einen größeren Teil der Weltgemeinschaft attraktiv zu halten.



»Ich bin Tina Maier-Schneider, wissenschaftliche Referentin beim RHI. Alle zwei Wochen neu können Sie mich im persönlichen Gespräch mit namhaften Expert*innen hören. Zu unseren Podcasts geht's hier direkt per Klick oder QR-Code.«

